

Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 10 05 72
10565 Berlin
konsultation@netzentwicklungsplan.de

28.05.2014

Absender:

Eva und Friedrich L.

Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan Strom 2014 - Erster Entwurf vom 16.04.2014

Mit der Veröffentlichung meiner Stellungnahme bin ich einverstanden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem NEP2014 und insbesondere der Maßnahme D09 bin ich nicht einverstanden und widerspreche hiermit den dargelegten Begründungen und dem scheinbaren Bedarf.

Grundsätzliche Kritikpunkte

Die bisher angewandte Methodik des Netzentwicklungsplans führt tendenziell zu einer **Überschätzung des Netzausbaubedarfs. Kosten des Netzausbaus werden vernachlässigt**, denn bei der Bestimmung des erforderlichen Netzausbaus werden dessen Kosten nicht in die Berechnungen einbezogen.

Die Methodik der Netzausbauberechnung sieht zunächst die Optimierung des Einsatzes eines gegebenen Kraftwerksparks vor („Merit Order“), bevor hierauf basierend der „notwendige“ Netzausbau ermittelt wird. Dies führt dazu, dass im Rahmen der Modellierung möglicherweise solche Kraftwerke eingesetzt werden, die bei Berücksichtigung der erforderlichen Netzausbaukosten nicht zum Einsatz gekommen wären. Unterschiedliche denkbare Entwicklungsszenarien der Stromerzeugungskapazitäten, beispielsweise der verstärkte Bau von Kraftwerken in Süddeutschland oder Strombezug aus dem Ausland,

finden bei der Netzplanung keine Berücksichtigung. Insbesondere die Platzierung von Erzeugungskapazitäten nahe der Lastzentren im Süden des Landes könnte jedoch eine Verringerung des Netzausbaubedarfs bewirken.

Weiterhin fordert die bisher angewandte Methodik des Netzentwicklungsplans, dass sowohl konventionelle als auch erneuerbare Stromerzeuger jederzeit mit voller Leistung in das Übertragungsnetz einspeisen können. Die Auslegung des Netzausbaus für den Fall starken Windes bei gleichzeitiger Einspeisung konventionellen Stroms bevorteilt vor allem traditionelle Standorte der Kohleverstromung. Man könnte jedoch Kohlekraftwerke künftig öfter herunterregeln, um die Vorrang einspeisung von erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Damit würde der Bau entsprechender Leitungskapazitäten des Netzes unnötig.

Siehe dazu:

- Clemens Gerbaulet, Friedrich Kunz, Christian von Hirschhausen und Alexander Zerrahn, 2013: Netzsituation in Deutschland bleibt stabil http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.421219.de/13-20-1.pdf
- Jarass (2013): Geplanter Netzausbau weit überdimensioniert. Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Bundestages, Ausschuss für Wirtschaft, am 15. April. 2013, der sich auch auf weitergehende Argumente in:
- Jarass und Obermair (2012): Welchen Netzausbau erfordert die Energiewende? Münster, bezieht.

Kritikpunkte zum Netzentwicklungsplan 2014 im Einzelnen:

A) Die energiepolitischen Ziele der Bundesregierung werden über Bord geworfen (S. 49ff des Netzentwicklungsplans)!

1. Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 40% bis 2020 (durch **KEIN** Szenario erreicht!)
2. Reduktion des Primärenergieverbrauchs um 20% bis 2020 (durch Szenario A **nicht erreicht**)
3. Reduktion des Stromverbrauchs um 10% bis 2020 (durch **KEIN** Szenario erreicht!)

Warum werden ausgerechnet solche Szenarien gerechnet, die NICHT der Zielerreichung der offiziellen Energiepolitik und einer tatsächlichen Energiewende dienen, und wieso wird genau auf solchen Szenarien aufbauend ein Netzentwicklungsplan entwickelt? Warum wird kein einziges Szenario gerechnet, das die energiepolitischen Ziele der Bundesregierung umsetzt?

B) Muss Deutschland Stromexporteuropameister sein (S. 37ff des Netzentwicklungsplans 2014) und v.a. die negative Handelsbilanz Italiens ausgleichen?

Zitate NEP2014:

„Kein anderes betrachtetes Land (in Europa) exportiert soviel Strom wie Deutschland“

Es gibt gigantische „Erzeugungsüberschüsse in Niedersachsen, Brandenburg und Sachsen. Diese Bundesländer übertreffen auch einzeln betrachtet den Handelssaldo der meisten europäischen Nachbarländer deutlich“ Diese Bundesländer sind gleichzeitig die größten Braunkohlestromerzeuger Deutschlands.

Deutschland exportiert ca. 23% seiner erzeugten Energie vor allem nach Süden in Richtung Frankreich, Schweiz und Österreich und weiter nach Italien (www.netzentwicklungsplan.de/ZkC). Abb. 10 auf S. 41 (NEP2014) zeigt auf, dass vor allem die günstige aber klimaschädliche Braunkohlestromerzeugung in allen Szenarien der Größenordnung des jährlichen Stromexportes entspricht. Die klimaschädliche Braunkohlestromerzeugung könnte somit heruntergefahren werden, ohne die innerdeutsche Versorgungssicherheit zu gefährden, wenn der Export gedrosselt würde.

C) Widerspruch zur Maßnahme D09 Lauchstätt – Meitingen (S241ff)

Es wird hiermit der Notwendigkeit und der Begründung dieser HGÜ-Leitung widersprochen. Es geht bei besagtem Projekt nicht um Abtransport EEG-Stromerzeugung aus Nordostdeutschland, sondern vorrangig um **Braunkohlestromexport** nach Süden (A, CH und weiterführend I). Direkt am Startpunkt der Leitung liegen die bis zum Jahr 2050 in allen Szenarien eingeplanten Braunkohlekraftwerke Schkopau (900 MW Betrieb bis 2045) und Lippendorf (1750 MW Betrieb bis 2050) gem. Kraftwerksliste http://www.netzentwicklungsplan.de/system/files/documents/20140430_Entwurf_NEP2015_KW-Liste.pdf.

Die oben genannte HGÜ-Leitung, die diesen Braunkohlestrom transportieren soll, wird nicht für die Netzstabilität und die Versorgungssicherheit Bayerns benötigt, sondern in erster Linie für den Export: Zitat S. 243 (NEP2014): das Projekt *„ermöglicht so einen höheren grenzüberschreitenden Handel. Damit **stärkt das Projekt den Strommarkt** und schafft auch weiträumigeren volkswirtschaftlichen Nutzen für Deutschland...“*.

Als betroffener Bürger des Trassenkorridors D schließe ich mich den Feststellungen und Berechnungen der unabhängigen Experten (Hirschhausen, Jarass, 2013, Referenzen s.o.) an, die bestätigen dass die Maßnahme D09 Lauchstätt – Meitingen weder für die Netzstabilität noch für die Versorgungssicherheit notwendig ist. Als betroffener Bürger bin ich nicht bereit, die hohen Kosten des Trassenbaus, die schweren landschaftlichen Eingriffe und Beeinträchtigungen der Natur, sowie die gesundheitlichen Risiken einer Stromtrasse zu tragen, die weder zur Erreichung der Klimaziele der Bundesrepublik noch der

Versorgungssicherheit des Landes dient, sondern die im Wesentlichen Kraftwerksbetreibern, Energiekonzernen und Netzbetreibern Gewinne durch den Stromexport sichert.

Mit freundlichen Grüßen

L. Friedrich und Eva